V-23 Beschluss Das Leid im Jemen lindern: Rüstungsexporte stoppen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 27.01.2018

Tagesordnungspunkt: Beschlüsse (vorläufig)

- Seit Jahren leiden die Menschen im Jemen unter einem brutalen Krieg und seinen schrecklichen
- 2 Folgen. Er hat für eine der größten humanitären Katastrophen der Welt gesorgt. Seit
- 3 Kriegsbeginn sind bereits über 10.000 Menschen an den direkten Folgen der Kampfhandlungen
- gestorben, zahllose weitere an Hunger und Krankheiten. Fast eine Million Menschen sind mit
- 5 Cholera infiziert und können wegen fehlender medizinischer Versorgung und dem fast
- vollständigen Kollaps öffentlicher Dienstleistungen nur unzureichend versorgt werden.
- Millionen Menschen sind akut vom Hunger bedroht. Über hundert Kinder sterben täglich an
- akuter Mangelernährung und ihren Folgen, mehr als 11 Millionen Kinder sind dringend auf
- humanitäre Hilfe angewiesen. Die Trinkwasserversorgung in den großen Städten ist nahezu
- vollständig zusammengebrochen. Diese dramatische Lage führt dazu, dass fast 20 Millionen
- 11 Menschen auf Hilfe angewiesen sind.
- Dieses Ausmaß von Leid und Zerstörung im Jemen ist in erster Linie durch die äußere
- Intervention in einen ursprünglich lokalen Konflikt verursacht worden vor allem durch die
- 14 Bombenangriffe einer Staatenkoalition unter Führung Saudi-Arabiens. Sie finden mit
- 15 Unterstützung der USA und Großbritanniens statt und durch Waffen aus europäischer
- Herstellung. Diese Angriffe richten sich oft gezielt gegen zivile Infrastruktur wie Schulen
- und Krankenhäuser. Fast alle Mitglieder der Staatenkoalition sind Empfänger von direkten
- oder indirekten Waffenlieferungen aus Deutschland. Zudem produziert Saudi-Arabien in Lizenz
- deutsche Gewehre. Auch der Iran hat mit seiner Unterstützung der Houthi-Milizen zu dieser
- 20 Eskalation beigetragen: diese haben mit ihrem gewaltsamen Feldzug nach Sana'a und Aden und
- dem daraus resultierenden Sturz der Regierung Hadi den Konflikt zuallererst begonnen.
- Neben den eigentlichen Kriegshandlungen ist die illegale Seeblockade durch Saudi-Arabien und
- die Vereinigten Arabischen Emirate die bedeutendste Ursache für die Mangelernährung der
- Bevölkerung. Trotz der Existenz eines Kontrollmechanismus der Vereinten Nationen bringen
- 25 diese Staaten dadurch unter dem Vorwand, Waffenschmuggel verhindern zu wollen –

die

- Versorgung großer Teile des Landes nahezu zum Erliegen. Diese Blockade, ebenso wie die
- Schließung des Flughafens Sana'a, die Belagerung von Städten und weitere Behinderungen
- humanitären Zugangs verstoßen gegen die Bestimmungen der Sicherheitsratsresolutionen 2140
- und 2216 und können entsprechend sanktioniert werden. Auch der Zugang der Vereinten
- Nationen, humanitärer Organisationen sowie von Journalistinnen und Journalisten wird massiv
- 31 behindert.
- Der Wechsel des ehemaligen Präsidenten Ali Abdallah Saleh auf die Seite der saudisch-
- geführten Koalition und seine Ermordung durch die ehemals mit ihm verbündeten Houthi-Milizen
- 34 stellen den Jemen vor neue politische Herausforderungen. Die verschärften
- Auseinandersetzungen haben zu noch mehr Opfern in der Zivilbevölkerung geführt. Gewaltsame
- 36 Angriffe auf friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten sowie die Blockade elektronischer
- Kommunikation gehören neben zahlreichen Fällen von Verschwindenlassen, Folter und
- außergerichtlichen Tötungen sowie dem Einsatz von Kindersoldaten zu den Vergehen aller
- 39 Kriegsparteien.
- Wir begrüßen es daher, dass der UN-Menschenrechtsrat mit der 36/31 des VN-Menschenrechtsrats
- eine unabhängige Expertenkommission zur Untersuchung möglicher Kriegsverbrechen im Jemen
- 42 eingesetzt hat. Wir begrüßen ebenfalls den auch auf Betreiben der Grünen Fraktion im
- Europäischen Parlament zustandegekommenen Beschluss 2017/2849, der unter anderem die
- Forderung nach einem Exportstopp von Rüstungsgütern an die kriegsführenden Staaten enthält.
- Nun muss die Bundesregierung handeln. Wir fordern sie auf:
- im Sinne wiederholter Beschlüsse des Europäischen Parlaments jegliche Rüstungsexporte
- an die am Jemenkrieg beteiligten Staaten sofort zu stoppen, keine neuen Genehmigungen
- an diese Staaten zu erteilen, erfolgte Genehmigungen zu widerrufen und auch keine
- 49 Ausfuhrgenehmigungen zu erteilen;
  - in Zusammenarbeit mit den VN die Initiative für neue Friedensgespräche zu übernehmen,

- deren erstes Ziel ein schnellstmöglicher Waffenstillstand und die Gewährung humanitären Zugangs sein muss;
- sich in diesem Zusammenhang auch gegenüber der US-amerikanischen und britischen
- Regierungen für ein Ende der militärischen Unterstützung der arabischen Koalition
- 55 einzusetzen;
- auf alle Kriegsparteien einzuwirken, den Zugang für Hilfs- und Lebensmittellieferungen
- uneingeschränkt sicherzustellen;
- sich im Falle der Behinderung humanitären Zugangs, wie in Sicherheitsratsresolutionen
- 2140 und 2216 vorgesehen, für Sanktionen gegen die Verantwortlichen aller Kriegsparteien einzusetzen;
- den Jemen weiter humanitär zu unterstützen und den Nachbarstaaten bei der Aufnahme und
- Versorgung der Flüchtlinge aus dem Jemen zu helfen;
- die Arbeit der vom VN-Menschenrechtsrat eingesetzten Expertenkommission nach allen
- Kräften zu unterstützen und dabei besonders deren uneingeschränkten Zugang zum
- 65 Kriegsgebiet einzufordern;
- die Umsetzung des Beschlusses 2017/2849 des Europäischen Parlaments nach Kräften zu
- 67 unterstützen.